

Légation de Suisse
à Vienne. TS.

le 28 novembre 1922
Vienne,

C.14.22.72.
Votre No. 56/41/7/7/2 DR.

Affaires étrangères
Europe à code autrichien
Cela suffira à tout
2.12.22
M.
Fin le dernier, Messieurs d'ordre interne mises par le point autrichien ...

POLITISCHES DEPT.
1. DEZ-1922
NO

Monsieur le Conseiller fédéral

M. Ruggie
T. ...
H. ...

En vous confirmant mon rapport d'hier et en vous remerciant de votre dépêche du 24 novembre concernant l'aide financière à accorder à l'Autriche j'ai l'honneur de vous informer que, au cours d'une conversation que je viens d'avoir avec le Ministre des Affaires Etrangères je lui ai exposé verbalement, en me basant sur vos informations, l'état de la question en Suisse. M. Gruenberger se montre reconnaissant de votre désir d'éviter la clause référendaire, désir qui concorde avec les intérêts de l'Autriche; il vous sera très obligé de lui communiquer par mon entremise, aussitôt que faire se pourra, les modalités qui auront été adoptées par le Conseil fédéral pour le prêt de 20 millions destiné à ce pays. D'autre part le Ministre s'est montré un peu ennuyé du texte d'un télégramme de l'agence télégraphique suisse paru dans les journaux du 25 de ce mois (annexe 1) et dans lequel il était dit que le Conseil fédéral ne signerait pas les protocoles de Genève et ne prendrait pas part au contrôle institué par la Société des Nations, attendu qu'il ne serait pas conforme aux traditions de la Suisse de demander à un Etat étranger une déclaration selon laquelle celui-ci ne renoncerait en aucun cas à sa souveraineté. Ce télégramme a été pris comme prétexte, d'une part par M. Seitz, chef du parti socialiste, pour attaquer au Parlement l'oeuvre de Mgr. Seipel (annexe 2), d'autre part par la " Deutschösterreichische Tageszeitung" (organe des pangermanistes) du 26 novembre (annexe 3) pour critiquer l'acte tyrannique de l'Entente consacré par les protocoles de Genève. Ce journal va jusqu'à dire que la déclaration

-2-

du Conseil fédéral suisse (il ne me semble toutefois pas qu'il y ait eu aucune déclaration gouvernementale) peut être considérée comme un soufflet à l'Entente!

Il est grand temps d'ailleurs que les discussions parlementaires sur l'oeuvre de Genève et ses conséquences législatives en Autriche prennent fin; les esprits sont exaspérés de part et d'autre et dans la séance de nuit de samedi à dimanche les orateurs des deux partis se sont laissé entraîner à des expressions rien moins que parlementaires; même Mgr. Seipel à un ^{peu} perdu patience à un moment donné. Les lois adoptées par le Conseil National seront sans doute votées ce soir par le Conseil fédéral autrichien (correspondant à notre Conseil des Etats) quoique les partis se tiennent la balance. On a trouvé un expédient pour permettre aux socialistes de laisser passer la mesure.

Veillez agréer, Monsieur le Conseiller Fédéral, les assurances de ma très haute considération.

Le Ministre de Suisse:

C. S. Bourcart.

3 Annexes ✓

Au

Département Politique Fédéral
Division des Affaires Etrangères
B e r n e .

2216

Die Beteiligung der Schweiz an der Hilfsaktion.

Der Verzicht auf die Garantie und auf die Teilnahme an der Kontrolle.

Bern, 21. November. (Schweiz. Deb.-Ag.) Die Botschaft des Bundesrates über die Beteiligung der Schweiz an der Hilfsaktion für Oesterreich wird binnen kurzem erscheinen. Der Bundesrat beantragt bekanntlich die Beteiligung mit 20 Millionen Franken, ohne aber die Form dieser Beteiligung festzulegen. Er behält sich vollkommen die Kompetenz vor, darüber zu entscheiden, ob die schweizerische Hilfe in Form eines direkten Vorschusses zur Ermöglichung einer Anleihe bei schweizerischen Banken oder durch Uebernahme von Titeln der internationalen Anleihe Oesterreichs zu erfolgen habe.

Der Bundesrat verzichtet darauf, die Genfer Protokolle zu unterzeichnen. So sehr die Schweiz die Verpflichtung für Oesterreich begrüßt, sich seiner Souveränität nicht zu entäussern, so widerspricht es doch der traditionellen Politik der Schweiz, von einem andern Staate eine derartige Erklärung entgegenzunehmen. Auch wird die Schweiz nicht an der Kontrollaktion teilnehmen, sondern sich damit zufrieden geben, daß ihr Guthaben durch den Völkerbund garantiert ist und einen Schutz genießt wie die Guthaben der andern partizipierenden Staaten.

"Neues Wiener Tagblatt"

vom 25. November 1922

No 315

ord 16

Das Verhalten der Schweiz.

Abgeordneter Seitz erklärte dann noch auf, wie er seinen Zwischenruf am Samstag gemacht habe. Er habe sagen wollen, daß die österreichischen Landwirte, wenn sie nach Ungarn gegangen wären, die Folgen der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung kennen gelernt hätten, nämlich den Bolschewismus. Er wies dann die erwähnten Behauptungen Kunzschals, die dieser in einer Versammlung gemacht hatte, zurück und betonte, daß nie irgend ein Sonderrecht für die Mitglieder des außerordentlichen Kabinettsrates verlangt worden sei, weil dieser sonst zu einem wirklichen Kabinettsrat ernannt worden wäre, während er doch ein Parlamentsaus-schuss sei. Dann sprach der Redner das Verhalten der Schweiz, die zwar Kredit gewähren wolle, es aber als freier Staat ablehne, die Souveränität Österreichs anzuerkennen. Deshalb wolle sie Österreich keine Kontrollbestimmungen zu. Auch diesmal sprach Seitz wieder von Hochverrat, den Dr. Seipel verübt habe.

Nachdem Abgeordneter Junt und hierauf Seitz tatsächliche Berichtigungen vorgebracht hatten, konnte endlich die Abstimmung über das Vollmachtsgesetz durchgeführt werden. Das Gesetz wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen, indem alle Parteien, auch die Opposition, zustimmten. Gleich darauf wurde das Gesetz in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Um 17 Uhr abends wurde die so erregt verlaufene Sitzung geschlossen. Heute 10 Uhr vormittags findet wieder eine Sitzung des Nationalrates statt, die bloß der dritten Lesung des Wiederaufbau-Gesetzes gilt.

„Der Morgen“

Vom 27. XI. 1922

recht inebelt, daß man uns eine Dille aufzwingt, die wir nicht brauchen würden, wenn wir unseren natürlichen Weg hätten gehen können, und daß man diese Dille, die übrigens keine Wohlthat, sondern eine in der Rancune des Vertrages vom Saint-Germain übernommene Pflicht der Entente darstellt, mit Kontrollbestimmungen verbinde, die man mag sagen, was man will, demütigend sind und doppelt demütigend darum, weil man uns gegen unseren Willen etwas tun heißt, was wir nicht wollen und nicht wollen können. Denn wir können innerlich die uns auferlegte Unabhängigkeit niemals begreifen und wir können ebenso wenig die Kontrolle als gerecht begreifen, die über uns verhängt wird.

Und gerade hier spricht die Schweiz eine jenen klaren Sprache. Die Erklärung des Schweizer Bundesrates ist eine Dreifache: die Entente, und keine — Schmeichelei für uns. Was sagt die Schweiz? Der Bundesrat verzichtet darauf, die Genfer Protokolle zu unterzeichnen. Warum verzichtet sie? Weil es ihrer traditionellen Politik widerspricht, von einem Staate eine Erklärung entgegen zu nehmen, in der sich dieser Staat verpflichtet, unabhängig bleiben zu wollen. Eine größere Komödie, ein ärgerer Widerspruch, eine größere Lüge ist auch schwer denkbar. Sich zur Unabhängigkeit verpflichten, heißt Ketten auf sich nehmen, deren jedes Glied wie zum Hohn das Wort „Freiheit“ eingegraben trägt. Staatlich unabhängig sein, heißt tun können, was die Bevölkerung eines Staates für sie als gut, recht und nützlich erachtet. Traug und Sicherheit aber ist es, mit dem Außengeld der Unabhängigkeit herumlaufen zu müssen, wenn diese Unabhängigkeit auf Zwang beruht. Das und nichts anderes besagt die Stellungnahme der Schweiz. Und wenn sie gleichzeitig hinzufügt, daß sie an der Kontrolle über Österreich nicht teilnehmen werde, dann erteilt sie den Ententemächten die verdiente Lektion. Der „unabhängige, kontrollierte“ Staat Deutschösterreich wird in der Weltsicht späterer Zeiten ein Unikum und ein Beweis dafür sein, zu wessen Verlegenheit Konventionen und Verträge der Menschheit einer Diktatur verfallen konnte. Das ist der Wille und der Zweck dieser Koalition hergekommen hat, wird auch ihm in Urteilen der Geschichte das Zeugnis ausstehen, wie merkwürdig er seinen eigentlichen Aufgaben und Zwecken gekonnt hat.

Genf ist Genf geworden. Aber mocht Abmachungen, die unter unüberwindlichem Zwange geschlossen werden, bindende Kraft und Dauer inne? Stehen wir nicht am Beginn einer Zeit, die mit unheimlichen, verworrenen Kommissägen die Verkündung der Friedensdiktate zertrümmert? Was ist von dem Vertrag von Versailler heute noch in Geltung? Das Verdienst von einem führenden Manne und seinen Mitarbeiter ist es, daß die Diktate heute bereits Erlöse ertragen hat, welche die Ohnmacht und Hilflosigkeit der Gewaltpolitik der Entente aufheben. Aber freilich, die Diktate hatte und hat einen fortwirkenden, die Kräfte der Nation erschöpfenden Fühler. Und darauf kommt es an!

In Deutschland hat der neue Reichstag ein und zwar noch nicht mit der mächtigsten Schärfe, aber doch in der Sache selbst den Vertrag mit der Erfüllungsgeschichte angeknüpft. Und in Amerika schließt man dem großen Deutschen Reich Clemenceau offen die Erklärung ins Gesicht, daß Frankreich die Verantwortung dafür trage, wenn Deutschland sich auf einen neuen Krieg vorbereite. Daß Frankreich die Schuld trage, wenn das Deutsche Reich von schweren inneren Unruhen bedröht sei, daß Versailles nur zerstören, niemals aber aufbauen könne.

So bereitet sich jene Entschädigung vor und reißt heran, die durchbare Abschneidung haben wird mit all den Verbrechen und Niederträchtigkeiten, die an gesamten deutschen Völkern begangen wurden. In diesem kommenden Kampfe wird auch Österreich Partei sein müssen. Darum wollen wir über Genf nicht vergessen, welche Bedeutung unser Kampf für uns haben wird. Wir wollen das Narrenkleid der abgelehnten und kontrollierten Unabhängigkeit um seinen Tag und seine Stunde länger tragen, als es die Verhältnisse von uns mit unerfüllten Trüben verlangen. Und daß ein Staat sich gelassen hat, der das Ding beim rechten Namen nennt, daß die Schweiz sich zwar an der Hilflosigkeit, nicht aber an der Kontrolle und an der schriftlichen Verhängung unserer Freiheit beteiligt, das wollen wir diesem Lande, dem wir schon dieses denken, unabweislich vermerken. Vom Freiheitskämpfer der Zukunft und von ihrer Opferbereitschaft für die Freiheit gibt es der Sagen und historischen Anecdoten nicht. Wir sollen wollen und müssen lernen, was Freiheitswille heißt. Mag uns die Kundgebung des Schweizer Bundesrates mahnen längs der Straße von Genf begreifen.

Deutschvölkische! Werbet für Euere Zaesdrick!

Die Erledigung der Genfer Vorlagen.

Eine Dauerkrise der Nationalrates.

Das Genfer Abkommen wurde gestern in zweiter Lesung angenommen. Seit der Budgetdebatte vom Jahre 1921 hat der Österreichische Nationalrat keine so lange Sitzung abgehalten. Von 9 Uhr früh an wurde mit einer vierstündigen Mittagspause bis in die späten Nachmittagsstunden. Nennenswerte Zwischenfälle waren zunächst nicht zu verzeichnen, mit Ausnahme der scharfen sozialdemokratischen Zwischenrufe und einer zeitweise etwas lebhafteren Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und den Agrariern. Nach halb 10 Uhr abends aber kam es zwischen Deceesminister Baugin und Dr. Teufsch zu einer erregten Auseinandersetzung, die zu langanhaltenden Ausreden führte. Die Sozialdemokraten waren sichtlich in schlechter Stimmung, einerseits deswegen, weil sie ihre ursprüngliche Absicht, das Genfer Abkommen zu vereiteln, gescheitert sahen und ihre veränderte Zustimmung geben mußten aus Angst vor Neuwahlen, und andererseits, weil die Kommunisten diese Engen, in die sich die sozialdemokratischen Führer getrieben sahen, benötigten, um eine große Kundgebung der sozialdemokratischen Genossen zu veranstalten.

Ausnahmsweise findet auch heute Sonntag, wahrscheinlich um 11 Uhr vormittags, eine Nationalrats-Sitzung statt, in der die dritte Lesung der Gezeche erfolgen wird. Die Beschlossene der gestrigen Sitzung brachten nichts wesentlich Neues. Die Reden der einzelnen Parteien beschränkten sich darauf, die schon bekannten Gesichtspunkte neuerlich darzulegen. Nur aus den Reden der Großdeutschen sang ein etwas frischerer Ton. Dr. Angerer vertrat die Ansicht über wichtige Schulfragen und Dr. Lehner trat unter dem Vorwand der Mehrheitspartei für einen Abbruch an, der im Sanierungsvertrag leider nicht aufgenommen ist, nämlich für den Abbruch des sibirischen Geschäftes im deutschen Volk. Dr. Schmidt streifte unter anderem auch die Auslandsreise unserer Theater und betonte, die Bundesbehörden seien deutsche Kunststätten und hätten nicht ausländischen Künstlern, sondern mehr deutsche Kunstwerke aufzuführen.

Die Generaldebatte über das Wieder-aufbaugesetz.

Zunächst wurde der Antrag Seib betreffend die Ergänzung des Gezeches über die Geschäftsordnung ohne Wechselnde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in zweiter Lesung angenommen. Sodann wird die Generaldebatte über das Wieder-aufbaugesetz, welches der Abgeordnete (Christoph) heute in längerer Ausführungen den Standpunkt der Agrarier dar, worauf der Sozialdemokrat Dr. Dannerberg die übliche Oppositorrede hielt. Er kritisierte die wirtschaftliche, demagogische, ja fast eine Rede, die der Abgeordnete Finanzminister Dr. Stenke feinsinnig als Gehalt im Gemeinderat hielt, daß sich die vorgeschlagenen Einrichtungen des Finanzministers durchaus nicht mit den Ansichten decken, die er da feinerzeit geäußert hat.

Eine Rede Dr. Angerer.

Nun ergriff der Großdeutsche Dr. Angerer das Wort und betonte, daß an der Verlesung eines Staates nicht allein der Vertrag von St. Germain, sondern auch die Wirtschaftspolitik, die bei uns eingegriffen ist, Schuld sei. Wir müssen uns endlich absetzen von der Wahndee marxistischer Völkern. Wir glauben, daß das Sanierungsprogramm den Ausgangspunkt eines Gesundungsprozesses bedeutet, wenn gleich wir wissen, daß seine Durchführung große Schwierigkeiten entgegenstellen. Wenn wir aber die Sanierung nicht durchführen und unsere Währung völlig zusammenbrechen, dann würde die Besetzung des Landes durch fremde Militärmächte und die Verfallung der Verfassung eintreten. Die Reform des Verwaltungsapparates müßte bei den Zentralbehörden beginnen. Beim Personalwesen müssen die individuellen Beschäftigte in Betracht gezogen werden. Der Abbruch werde zum Beispiel bei solchen Personen Platz greifen können, die einen selbständigen Wirtschaftsbetrieb haben. Dort, wo mehrere Mitglieder der Familie im öffentlichen Dienste stehen oder wo sich der Einzelne durch die Abfertigung eine eigene Existenz zu schaffen in der Lage ist. Politische Momente müssen unbedingt ausgeschlossen werden. Wir wollen wieder den alten österreichischen Beamten haben, der unparteiisch und ebensolch seine Pflicht erfüllt. Bedenke wohl die Behauptung der Sozialdemokraten, daß die Großdeutsche Partei die Verstaatlichung der Schule aufhebe, als Entschädigung für die Grundsteuererhöhung mit zur Erhaltung der Schulen beitragen müssen. Allgemein gilt der Grundsatz, daß an der Schule erst dann gepart werden darf, wenn keine andere Möglichkeit mehr offen ist. Ausgaben für die Schule sind der Ausdruck des Lebenswillens eines Volkes.

Die Beamtenaufhebung treffe alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Verletzung der lebenswichtigen Artikel von derselben kann die Großdeutsche Partei nicht zustimmen, denn sie lehnt Bestrafungen von dieser allgemeinen Steuer grundmäßig ab. Gleichgültig ist sie auch gegen eine Verhängung für Oerntenstellen und Konsumvereine, die ihre Lebenshaltung nicht durch Steuerbefreiungen, sondern durch rationales Wirtschaften erweitern können. Wir haben uns die Wahl der Besteuerung oder der Steuer mit demselben Maßstab zu beurteilen, wie wir die Besteuerung der Einkünfte beurteilen. Die Großdeutschen sind zur Konsolidierung der Finanzen bereit, die die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen. Die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen, die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen, die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen.

Angriffe Dr. Teufsch gegen den Deceesminister. Nun sprach Abg. Dr. Teufsch (sozialdemokratisch) der Gezeche gegen Deceesminister Baugin Stellung nahm und

nicht durch Steuerbefreiungen, sondern durch rationales Wirtschaften erweitern können. Wir haben uns die Wahl der Besteuerung oder der Steuer mit demselben Maßstab zu beurteilen, wie wir die Besteuerung der Einkünfte beurteilen. Die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen, die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen, die Einkünfte der Einkommensteuer zu erhöhen.

Der Redner der Bauernpartei.

Abg. Lanzer der Bauernpartei erklärte, die Sanierungsmaßnahmen hätten schon vor Jahren durchgeführt werden sollen, dann hätte uns Genf erspart geblieben. Die politischen Gesinnungen der Landwirte können gegenüber den Kapitalisten, die die Landwirte treffen, nur nicht in Betracht kommen. Das gilt in erster Linie von der Grundsteuer, die in dem Entwurf nur auf ein Mindestmaß herabgesetzt ist, von dem Landmann und Grundbesitzer aber noch mehr erhöht werden wird. Die Landwirte fordern, daß in erster Linie der Einkommensteuer in Form von Zuschlägen, das heißt, daß über die Einkünfte nach seiner Einkünfte befreit wird. Von einem allzu großen Einfluß der Agrarier auf das Sanierungsprogramm ist leider nicht die Rede, es wäre jedoch gut gewesen, wenn das Programm nach den agrarischen Rezepten gemacht worden wäre, nämlich nach Sparlichkeit, Genügsamkeit und Arbeitsamkeit auf allen Gebieten.

Der Aufmarsch der Kommunisten.

Die Sitzung wurde dann wegen des Reichsgebäudejubiläum des verstorbenen Abg. Zaimmer unterbrochen. Während dieser Zeit sah man eine große Menge in schmaler Menge im Parlamentsgebäude ein. In die 600 Mann (bereits alle Jugänge ab und im Zentrum des Hauses, in dem Sitzungssaal unter dem Mittelbau war das Oberlager der Redner aufgestellten. Stimmungsgewinnung von unten in die Säulenhalle empor. Die Kommunisten hatten einen „Massenaufmarsch“ auf der Ringstraße angekündigt. Sie wollten nach einmal gegen den „Handvertrag von Genf“ demonstrieren. Die Spitze der Kundgebung führte sich gegen die Sozialdemokraten. Die Gefahr eines Handbrottes gegen das Parlament war gegeben, darum die umfassenden Sicherheitsvorkehrungen, die sich allerdings später als überflüssig erwiesen.

Der kommunistische Aufmarsch einige tausend Mann, die geschlossen durch die Straßen der Inneren Stadt zogen. Ein großes Aufgebot britischer Polizei war vorhanden, die Menge zog aber am Parlament ruhig vorüber. In allen Straßen, durch die sich der Zug bewegte, wurden die Geschäfte bisweilen geschlossen und die Lampen vor den Geschäften gelöscht. Die Kaufmannschaft führte die Führung an. Es kam aber zu keinerlei bemerkenswerten Zwischenfällen. Ein hartes Polizeiaufgebot war noch bis zur späten Abendstunde im Parlament verblieben.

Dr. Ustin über den gegenwärtigen Einfluß des jüdischen Volkes.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung sprach zunächst die Abg. Dr. Ustin, Steingger und Lanzetta. Dann ergriff der Großdeutsche

Abg. Dr. Ustin

das Wort und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Centralrat sich wiederholt erhalten hat. Es erlaube die Großdeutschen mit Bedauern, daß im Sanierungsprogramm auch auf die Interessen des Gewerbetreibenden einermäßigen Rücksicht genommen wurde. Redner kritisierte die Wünsche des Gewerbetreibenden, verlangt die endliche Beilegung der in der Handhabung der Steuererhebung zugetragenen Schwierigkeiten, tritt für die Verhängung der Vermögenssteuern ein und wendet sich dagegen, daß Gewerbetreibende auch bei einer unerschöpflichen Verschämung bezüglich der Fiskalpolitik nicht mit einer Straftat bestraft werden. Er warnt die Verhängung der Vermögenssteuern bei den Gewerbetreibenden, fern den Ausbau der Wirtschaft der Zentralbehörden, das durch eine Sanitätsreform behoben werden könnte. Die Schließung der Zentralbehörden wäre eine Katastrophe. Wenn ein Sanierungsprogramm von dem Volk und Sozialpolitik eine Behinderung des Volkes eintrifft, ist, muß in erster Linie der Einfluß des Judentums und des jüdischen Einflusses auf die Politik und die Wirtschaft abgebaut und das Germanentum um von den Juden befreit werden (Schleier Bezug auf den Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik).

Abg. Wirth (christlichsozial) beantragte eine Untersuchungskommission, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Wirtschaftsprüfung im westlichen Bundesländern, in denen die Transportkosten im Verhältnis zum Kaufkraft sehr hoch sind, entsprechend den Redaktionen zu reduzieren.

Dr. Schmidt

Nach dem Abg. Steiner spricht der Großdeutsche und befragt sich mit den staatlichen Bundesbehörden, wobei er das Defizit dieser Behörde hauptsächlich darauf zurückführt, daß sie mit der Hochabrechnung verbunden waren. Die sozialistische Führung allein werde nicht genügen, sie muß auch durch ein progressives technisches Studium und Organisation ergänzt werden, wodurch die Einkünfte von der Beormaßnahme durch die Verstaatlichung der Grundsteuererhöhung, sodann erklärt Abg. Dr. Schmidt die Verhältnisse bei den Bundesländern und deren Reformen seien sowohl in der Verwaltung als auch in künstlerischer Hinsicht notwendig. Man müsse sich zu verpflichten, daß es sich um den die Kulturfragen handelt. Wir wollen auf den Sozialistischen Verkehr durch hören, nicht jene falsche Kunst des Auswärtigen und jüdischen Drebels, die nichts anderes ist als eine Verhängung des reinen positiven Empirismus.

Angriffe Dr. Teufsch gegen den Deceesminister. Nun sprach Abg. Dr. Teufsch (sozialdemokratisch) der Gezeche gegen Deceesminister Baugin Stellung nahm und